

Wandel durch Annäherung gelungen! Mission accomplished?

(<https://tenor.com/view/mission-accomplished-gif-9140868>)

Nach der „Zeitenwende“ vom 24. Februar ist angeblich nichts mehr wie es vorher war. Und die nahezu einhellig – von FAZ bis TAZ, von hunderten Talkshows bis zum DLF-Radio, von Albrecht von Lucke bis Herfried Münkler, von CDU/CSU bis zur SPD-Führung – verkündete Darstellung ist, dass die über 30 Jahre konsequent verfolgte Entspannungspolitik des Vertrauensaufbaus, der gutwilligen Diplomatie unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ (übernommen von Brandt/Bahr aus den 1970-er Jahren) nicht nur gescheitert, sondern geradezu mitschuldig an Putins Krieg ist.

(Anscheinend [verweigert von den beteiligten Politiker*innen fast nur Frau Merkel das verbale Asche-auf-Haupt-Streuen.](#))

Dass diese Darstellung wesentliche Fakten ausblendet und Tatsachen verdreht, dass eine Entspannungspolitik keineswegs konsequent verfolgt, dass die Diplomatie und die konkreten Aktivitäten oft alles andere als gutwillig waren, soll im Folgenden dargestellt werden.

Meine Darstellung beschränkt sich dabei, spiegelbildlich zur herrschenden These, auf das Verhältnis zwischen dem Westen (USA/Deutschland/NATO/EU) und Russland seit 1990.

Innerrussische Gründe und Motive für den Weg zum Krieg (ökonomische, imperiale Bestrebungen, Herrschaftsstruktur, Ideologie, Legitimation, Machterhalt, Religion ...) bleiben dabei unerwähnt. Einige Analyseansätze dazu sind in der Fußnote (1) aufgeführt.

Die 1990er: „Wir haben gesiegt“ – Worte und Taten

Versicherungen verantwortlicher westlicher Politiker, die NATO halte Abstand zur russischen Grenze, breite sich „keinen Inch nach Osten“ aus, gab es 1990/91 im Dutzend (2), Russland hoffte in Fortsetzung der Äußerungen Gorbatschows auf das „Gemeinsame Haus Europa“.

Bereits 1991 entwickelte jedoch das Pentagon (US-Verteidigungsministerium) Pläne zur Osterweiterung, das State Department (Außenministerium) blieb in den offiziellen Äußerungen noch zurückhaltend. Der Abstand der NATO zum russischen Staatsgebiet blieb noch gewahrt. 1992 verkündete US-Präsident George H.W. Bush triumphierend „By the grace of God America won the Cold War!“. 1993 gab es dann auch im State Department konkrete Planungen zur Ost-Erweiterung. Beginnen sollte es mit mittel- und osteuropäischen sowie den baltischen Staaten, Ukraine und Weißrussland sollten dann bis 2005 folgen. Die Annäherung wurde planungsmäßig konkreter. Russlands Präsident Jelzin, der sich ökonomisch völlig den Privatisierungs- und Verelendungsplänen der westlichen Berater ergeben hatte, protestierte zwar im September 1993 deutlich und schlug dringlich ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem vor (3) aber natürlich ohne jede Wirkung auf die Kalte-Kriegs-Gewinner.

So wurde 1997 dann Polen, Tschechien und Ungarn ein Beitrittsangebot gemacht, dass 1999 zum Beitritt führte. Die Annäherung der NATO an Russland schritt also real voran. Der Wandel in der Stimmung und den Überlegungen der für die russische Außenpolitik Verantwortlichen allerdings dementsprechend auch. Der völkerrechtswidrige NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 mit Tausenden von Toten durch Luftangriffe auch auf Städte und zivile Einrichtungen war dann ein weiterer militärischer „Annäherungsschritt“.

Im neuen Jahrtausend: Kriege und gewandelte Reden

Dennoch schlug der neue russische Präsident Putin 2001 bei seiner vielbejubelten Rede im Bundestag (4) einen neuen Anlauf zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik vor. Auch zur absehbaren Erweiterung der NATO um die baltischen Staaten äußerte er sich im gleichen Jahr zurückhaltend.

Beim Gipfeltreffen in Prag im November 2002 lud die NATO die Länder Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien zu Beitrittsgesprächen ein. Auf dem Istanbul Gipfel im März 2004 traten diese sieben Länder der NATO bei. 2009, 2017 und 2020 folgten weitere Erweiterungsrounden. 2003 begann die NATO-Führungsmacht USA mit einer Koalition der Willigen (zu denen neben etlichen NATO-Mitgliedern auch die Ukraine gehörte) den Krieg gegen den Irak (mit seinen von Colin Powell präsentierten „Massenvernichtungswaffen“), neben einer Annäherung an Ölquellen auch eine aus südlicher Richtung an Russland.

2002 hatten die USA den ABM-Vertrag - Rüstungskontrollvertrag zwischen den USA und der Sowjetunion/Russland zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (*Anti-Ballistic Missiles*) gekündigt. Um sich schließlich 2015 durch die Stationierung von solchen Raketenabwehrsystemen in Polen und Rumänien Russland weiter anzunähern. Wobei die natürlich nicht die russische Zweitschlagsfähigkeit schwächen sollten, sondern Europa vor Angriffen aus dem Iran (mit dessen „Massenvernichtungswaffen“?) schützen sollten. Der russische Vorschlag, ein gemeinsames Abwehrsystem in Südrussland zu errichten, wurde als indiskutabel verworfen.

Die Rede von Putin 2007 bei der Münchener Sicherheitskonferenz (5) war in Ton und Inhalt gegenüber der von 2001 bereits stark gewandelt, drängte aber weiterhin auf die Einhaltung existierender und den Abschluss weiterer Rüstungsbegrenzungs- bzw. Abrüstungsverträge. So wurde der adaptierte KSE-Vertrag (A-KSE, zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa) zwar 2004 von den Nachfolgestaaten der Sowjetunion Russland, Belarus, Ukraine und Kasachstan ratifiziert, nicht aber von den NATO-Staaten. Russland wandelte daraufhin seine Haltung, setzte im Dezember 2007 die Umsetzung des Vertrags zum größten Teil aus und erklärte im März 2015 auch an den (offensichtlich fruchtlosen) Sitzungen der Beratungsgruppe nicht mehr teilzunehmen.

Im April 2008 beschloss die NATO Georgien und die Ukraine in die NATO aufzunehmen (wenn auch nicht sofort). Im August begann Georgien mit Unterstützung der USA eine militärische Offensive gegen die abtrünnige Republik Süd-Ossetien, die von russischem Militär zurückgeschlagen wurde. Dazu gab es 2009 den Bericht einer EU-Untersuchungskommission.

Ab 2010: EU-Annäherung an US-Strategie

Zu den unterschiedlichen Annäherungsmodi der EU an Russland und dessen westliche Nachbarn hat vor einigen Wochen Günter Verheugen, bis 2010 Vizepräsident der EU-Kommission und lange zuständig für die EU-Erweiterung, Stellung genommen (6). Zunächst wurde die „östliche Partnerschaft“ als gemeinsames Projekt mit Russland verfolgt. „Und noch im Jahr 2010 wollte Russland trilaterale Projekte – EU, Russland, Länder der östlichen Partnerschaft – realisieren. Es gab also ganz klar Chancen einer konstruktiven Einbindung Russlands in eine Partnerschaft, die aber leider nicht genutzt wurden.“

Und warum? „Der Grund war, dass die EU mehr und mehr der US-amerikanischen Linie folgte. Und Washington meinte, es komme darauf an, langfristig Russland so zu schwächen, dass es nicht wieder zum Rivalen werden kann.“

Und dieser Linie folgte auch das der ukrainischen Regierung im August 2013 vorliegende Assoziierungsabkommen, das zu einer wesentlichen Erschwerung der ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen zu Russland geführt hätte. Woraufhin von Präsident Yanukowitsch und der Regierung Asarow die Unterzeichnung abgelehnt und trilaterale Verhandlungen (EU, Ukraine, Russland) vorgeschlagen wurden.

Ab 2013: Euromaidan, Krim, Ostukraine, „Terrorbekämpfung“, Minsk II

Die Nichtunterzeichnung war der Auslöser für die Proteste auf dem Kiever Maidan („Euromaidan“), ab dem 8. Dezember von Hunderttausenden (wobei die Motivation der großen Masse der Protestierenden sich gegen sozialen Abstieg, Korruption und Polizeigewalt richtete).

Im Februar 2014 hatte dann im Gefolge der Proteste auch die monetär unterfütterte Annäherung der USA an die Ukraine durch die von Victoria Nuland vom US-Außenministerium stolz verkündeten 5 Mrd USD (seit 1991) für russlandfeindliche Gruppen in der Ukraine Erfolg. Nachdem der gewählte Präsident Yanukowitsch auch mit Hilfe rechtsextremer Milizen, die das Geschehen auf dem Maidan immer mehr dominierten, verjagt worden war, wurde, wie von Nuland und dem US-Botschafter besprochen (7, siehe deren „Fuck the EU“-Gespräch), eine Regierung unter Ministerpräsident Jazenjuk und massiver Beteiligung der Rechtsextremen (6 Minister, darunter der stellvertretende Ministerpräsident, dazu der Generalstaatsanwalt, der Leiter des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats) gebildet. Und wieder konnte durch diese Art der Annäherung ein Wandel in der russischen Politik erreicht werden. Russland unterstützte völkerrechtswidrig mit Militär („grüne Männchen“) die Abtrennungsbemühungen mittels Referendum einer Mehrheit (so trotz Ungereimtheiten beim Referendum nahezu alle Beobachter*innen) der Krim-Bewohner*innen von der Ukraine. Und es unterstützte die pro-russischen Rebellen in den Oblasten Donezk und Luhansk in der Ostukraine.

Denen wiederum näherte sich mit Unterstützung aus den USA die ukrainische Regierung mittels

Bekämpfung als „Terroristen“ und Beschießung ihrer Städte, angefeuert von Ukraines damaligem Präsidenten Poroschenko „Ihre Kinder werden sich in Kellern verkriechen, ... exakt so werden wir diesen Krieg gewinnen“ (8). Und aus den Rebellengebieten wurde ebenfalls geschossen und wurden Angriffe gestartet. Nach Angaben der im März 2014 eingesetzten OSZE-Beobachtergruppe (9) kamen bei diesen Kämpfen 14.000 Menschen, davon etwa 4.000 Zivilisten, hauptsächlich in den abtrünnigen Gebieten („non-governmental regions“ in den OSZE-Berichten), zu Tode.

Zunächst gab es keine Anerkennung der beiden abtrünnigen Gebiete durch die russische Regierung. Gemäß dem unter der Beteiligung von Deutschland und Frankreich von der Regierung in Kiev und Vertretern der beiden Gebiete im Februar 2015 abgeschlossenen Minsk II-Abkommen sollte es vielmehr zu weitreichenden Autonomieregelungen für die Gebiete kommen. Diese wurden dann aber von der ukrainischen Regierung nie angegangen, geschweige denn umgesetzt. Und Deutschland und Frankreich als Signatarmächte des Abkommens drängten auch nicht darauf.

Ab 2015: Konflikteskalationen verbal und militärisch

Es dauerte noch weitere sieben Jahre, unter anderem ausgefüllt durch Waffenlieferungen, Training und gemeinsame Manöver von USA/NATO mit der ukrainischen Armee, die russische militärische Unterstützung für die Assad-Regierung beim Krieg in Syrien, die Kündigung des INF-Vertrags durch die USA 2019, die Erklärung des Pentagons im gleichen Jahr, Hauptfeind sei jetzt nicht mehr der islamistische Terrorismus sondern Russland und China, Putins Rückgriff 2021 in die Geschichte mit der „Aufdeckung“ dass die Ukraine ein leninistisches Gebilde sei, durch die am 17. Dezember 2021 von Russland an NATO und USA übermittelten Forderungen zur Entschärfung der Lage (10), die von NATO/USA ohne Verhandlungen zurückgewiesen wurden, die Manöver von etwa 150.000 Truppen der russischen Föderation an den Grenzen von Belarus und Russland zur Ukraine und die ab dem 16. Februar massiv gesteigerten Beschießungen in den Oblasten Donezk und Luhansk, hauptsächlich durch das ukrainische Militär (11), bis die Wandlung der russischen Regierungspolitik hin zur Anerkennung der beiden „Volksrepubliken“ und zum völkerrechtswidrigen Krieg am 24. Februar abgeschlossen war.

Fußnoten:

(1) bei Fritz Fiehler (Sozialismus 5/22, <https://www.sozialismus.de/detail/artikel/der-kreml-ein-rentierstaat/>),

Felix Jaitner (Zeitschrift f. marxistische Erneuerung Nr. 130, <https://www.youtube.com/watch?v=g397x9MIZm8>),

Rainer Trampert (<https://www.rainertrampert.de/artikel/putins-krieg-und-die-neuordnung-der-weltweiten-machtverhaeltnisse>),

Boris Kagarlitzky (<https://againstthecurrent.org/behind-russias-ukraine-disaster/>) der wiederum sich ganz auf die ökonomischen und herrschaftstechnischen innerrussischen Ursachen beschränkt,

Thomas Konicz (in konkret 5/22 „Rockets und Rockets“ und <https://www.konicz.info/?p=4910>), bis hin zu für mich relativ absurden Annahmen wie die des bulgarischen Politologen und „Putin-Kenners“ Ivan Krastev beim Talk mit Richard David Precht (<https://www.zdf.de/gesellschaft/precht/precht-242.html>): Da bald die Permafrostböden in Sibirien auftauen, brauche Putin Menschen, die das dann landwirtschaftlich nutzen und das sollen dann die russifizierten Ukrainer sein.

(2) siehe <https://dewiki.de/Lexikon/NATO-Osterweiterung>

(3) <https://nsarchive.gwu.edu/document/16376-document-04-retranslation-yeltsin-letter>

(4) https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966

(5) <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html>

(6) <https://extradienst.net/2022/04/09/wir-muessen-bereit-sein/>

(7) <https://www.youtube.com/watch?v=r5n8UbJ8jsk>

(8) <https://www.youtube.com/watch?v=kCWh7U-LroY>

(9) <https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine>

(10) die insbesondere auf drei Kritikpunkte hinausliefen:

Erstens die sukzessive Aufrüstung und Eingliederung weiterer osteuropäischer Staaten in die NATO, insbesondere der Ukraine;

zweitens die Sorge vor einer Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Osteuropa;

und drittens vor allem die dauerhafte, aber auch die temporär im Zuge immer häufigerer

Manöver erfolgende Ansammlung massiver NATO-Truppenverbände an seinen Grenzen.

(https://www.ostinstitut.de/files/de/2021/Ostinstitut_Vertrag_zwischen_der_RF_und_den_USA_%C3%BCber_Sicherheitsgarantien_OL_2_2021.pdf)

(11) 2022-02-17 Daily Report_ENG bis 2022-02-20-21 Daily Report_ENG